

## KRITIS.

Wie wir unsere kritische Infrastruktur  
als Rückgrat unserer Gesellschaft schützen und stärken.

Der Anschlag auf das Berliner Stromnetz zeigt erneut die Bedrohung für die kritische Infrastruktur (KRITIS) Deutschlands und für unsere Gesellschaft. Ein tagelanger Stromausfall legt das öffentliche und wirtschaftliche Leben lahm und gefährdet gerade die Schwächsten in unserer Gesellschaft massiv. Der längste Stromausfall in Berlin seit Ende des Zweiten Weltkriegs muss Anlass dafür sein, unsere KRITIS weiter zu stärken und besser zu schützen. Islamisten, Links- und Rechtsextremisten stellen wie auch die verschärzte geopolitische Situation eine gesteigerte Bedrohung dar. Wir müssen unsere KRITIS daher besser gegen Terrorismus und hybride Kriegsführung schützen und auch für den Schlimmsten, für den Verteidigungsfall rüsten. Es geht uns darum, eine resiliente Gesellschaft zu schaffen und einen Staat zu garantieren, der auch im Krisenfall samt seiner KRITIS funktioniert.

## Was wir tun.

Die CDU-Landtagsfraktion Baden-Württemberg hat die Sicherheit unseres Landes und damit auch die Stärkung und den Schutz der KRITIS im Fokus. Im Land haben wir umfassend auf die neuen Herausforderungen der vergangenen Jahre reagiert und uns für neue Bedrohungen gerüstet.

Als Reaktion auf die zunehmenden Cyberangriffe haben wir in Baden-Württemberg bereits 2021 unter Federführung des Innenministeriums die **Cybersicherheitsagentur (CSBW) gegründet** mit den Schwerpunkten Prävention, Detektion und Reaktion. Digitale Sabotage und Spionage stellen eine große Gefahr für die KRITIS dar. Die CSBW sensibilisiert daher Behörden, Kommunen, Wissenschaft und Wirtschaft sowie die Bürgerinnen und Bürger für Cybersicherheit und unterstützt im Falle eines akuten Cybersicherheitsvorfalls.

Mit dem neu gegründeten **Staatsschutz- und Antiterrorismuszentrum Baden-Württemberg (SAT BW)** haben wir auf Extremismus jeglicher Form mit einem interdisziplinären Ansatz reagiert und bei der Bekämpfung politischer Kriminalität eine bundesweite Vorreiterrolle

eingenommen. Unter dem Dach des Landeskriminalamts Baden-Württemberg (LKA) arbeiten bei SAT BW die Polizei, die Staatsanwaltschaft, das präventiv orientierte Kompetenzzentrum gegen Extremismus (konex), das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV), Wissenschaftler und Psychologen sowie der Sonderstab Gefährliche Ausländer (SGA) zusammen. Damit gehen wir neue Wege gegen Radikalisierung, Extremisten und Terroristen.

Gegen Drohnenangriffe gehen wir mit einem 4 Millionen Euro schweren **Drohnenprogramm** des Landes vor. Die CDU-Fraktion hat sich massiv für die Mittel zur Drohnenabwehr eingesetzt und bereits in ihrer Konstanzer Erklärung vom September 2025 ein „Sofortprogramm Drohne“ gefordert. Denn die wiederholten Verletzungen des europäischen Luftraums durch Drohnen sowie ihr Potential für Spionage und Terroranschläge haben die Bedrohungslage auch für uns noch einmal massiv verdeutlicht. Wir wollen und müssen die Vorreiterrolle der baden-württembergischen Polizei bei der Drohnenabwehr deutlich ausbauen. Durch ein stärkeres Engagement und Zusammenwirken von Wissenschaft, Wirtschaft und Sicherheitsbehörden soll Baden-Württemberg zu einem Zentrum für die Entwicklung und Produktion von Drohnen und Drohnenabwehrsystemen werden. Wir setzen auf das neue Drohnenkompetenz- und -abwehrzentrum (DKAZ BW) der Polizei und wollen die Mittel auch für Forschung und Entwicklung verwenden.

Wir haben **Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettungsdienst finanziell gestärkt** und werden unsere Sicherheitsbehörden und Blaulichtorganisationen auch zukünftig bestmöglich ausstatten. Aus dem Landesanteil am Sondervermögen des Bundes investieren wir 80 Mio. Euro für den Rettungsdienst, 116 Mio. Euro für Katastrophenschutz und 200 Mio. Euro gezielt für die Krisenfestigkeit unserer Krankenhäuser. Die finanzielle Stärkung von Katastrophenschutz, Rettungsdienst und Kliniken ist eine wichtige Maßnahme für unsere Resilienz. Wir gehen damit weiter die Investitionsbedarfe an und wir rüsten uns für Krisen und Katastrophen.

Unter Federführung des Innenministeriums führt Baden-Württemberg seit Jahren **kontinuierlich Übungen im Bevölkerungsschutz** durch wie etwa die internationale Übung MAGNITUDE und beteiligt sich an Übungen wie der LÜKEX-Übungsreihe. Dies werden wir auch gemeinsam mit europäischen Partnern fortführen, um den Ernstfall zu proben und die Zusammenarbeit der verschiedenen Ebenen und Organisationen kontinuierlich zu verbessern.

## **Was wir vorhaben.**

Die verschärzte Bedrohungslage durch fremde Mächte und inländische Extremisten fordert weitere Maßnahmen zum Schutz der KRITIS und für eine resiliente Gesellschaft.

Um auf Krisensituationen besser vorbereitet zu sein und besser reagieren zu können, wollen wir einen **Sicherheitsrat schaffen**, in dem Regierungsmitglieder, der Kommandeur des Landeskommmandos, die Präsidenten der Sicherheitsbehörden, der Regierungspräsidien, Zivilschutzorganisationen und kommunalen Landesverbände vertreten sind. Der Sicherheitsrat soll eine Bündelungs- und Koordinierungsfunktion für Fragen der Sicherheit und Verteidigung wahrnehmen. Er soll sowohl für vorausschauende Strategieentwicklung hinsichtlich möglicher Szenarien in der Zukunft als auch für aktuelle Lagebewertungen verantwortlich sein.

Zur Abwehr von Angriffen auf die KRITIS wollen wir die verschiedenen **Akteure besser vernetzen** und damit den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit von Cybersicherheitsagentur, Staatsschutz- und Antiterrorismuszentrum, Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei, Landesamt für Verfassungsschutz und KRITIS-Betreibern fördern.

Wir müssen die **Cybersicherheit weiter erhöhen** und wollen dazu die Cybersicherheitsagentur ausbauen und zur zentralen Anlaufstelle für KRITIS-Betreiber machen. Mit verbindlichen IT-Sicherheitsstandards für Land und Kommunen und mit gezielten Aufklärungskampagnen wollen wir das Schutzniveau erhöhen und die Cybersicherheitskompetenz verbessern.

Um die **gesamtgesellschaftliche Resilienz** zu erhöhen, wollen wir die Bevölkerung krisenfester und verteidigungsbereiter machen. Dazu gehört ein Mentalitätswandel, der das Krisenbewusstsein der Bevölkerung fördert. Zivil- und Katastrophenschutz wollen wir stärker im Schulalltag verankern. Wir wollen die Bevölkerung umfassender auf Plattformen und durch Kampagnen informieren und sie für Sicherheitsrisiken und für Maßnahmen zum Selbstschutz und zur Eigenvorsorge sensibilisieren. Wir wollen Krisenpläne, Schutzraumkonzeptionen und die Bevorratung von Notfallressourcen und kritischen Gütern in den Fokus nehmen. Im Rahmen der Stärkung des Zivilschutzes müssen wir ausreichende Reservekapazitäten in Krankenhäusern organisieren. Außerdem gilt es, die Expertise der Krankenhäuser und der Ärzteschaft stärker in die etablierten Strukturen der Krisenvorsorge und des Katastrophenschutzes einzubinden, um im Bedarfsfall (insbesondere bei großflächigen und/oder länger anhaltenden Katastrophenfällen) einen reibungslosen Rückgriff auf die Ressourcen der Regelversorgung zu ermöglichen.

Damit die Bundeswehr notwendige militärische Bauvorhaben schnell und flexibel umsetzen kann, haben wir im Land einen Bau-Turbo auf den Weg gebracht, der die Bundeswehr von der Beachtung landesrechtlicher Vorschriften befreit. Mit **Bereichsausnahmen für Projekte der Bundeswehr und des Zivilschutzes** wollen wir diesen Weg auch in anderen Rechtsgebieten

weiter gehen und damit die Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit beschleunigen. Ausschreibungs- und Vergaberegelungen wollen wir bei KRITIS überprüfen und möglichst einfach gestalten, damit wir **KRITIS-Vorhaben deutlich schneller durchführen** können.

Wir werden weiterhin **jede Form von Extremismus und Terrorismus bekämpfen**. Wir gehen gegen Islamismus, Links- und Rechtsextremismus gleichermaßen politisch, polizeilich und nachrichtendienstlich sowie mit Präventions-, Beratungs- und Ausstiegsprogrammen vor.

**Gegen Sabotage und Spionage** müssen wir auch mit den Mitteln des Strafrechts härter vorgehen. Wir setzen uns dafür ein, dass Anschläge auf die KRITIS als eigenständiger Straftatbestand im StGB geregelt sowie als Verbrechen eingestuft und damit mindestens mit einem Jahr Freiheitsstrafe bestraft werden. Wir werden auch gegen alle vorgehen, die dem Extremismus, der Sabotage und der Spionage Vorschub leisten. Parlamentarische Anfragen zu KRITIS-Daten und den Umgang mit sicherheitsrelevanten Informationen werden wir kritischer in den Blick nehmen und Einschränkungen prüfen. Sicherheitsrelevante Informationen dürfen Terroristen und fremden Mächten nicht auf dem Silbertablett serviert werden. Daher werden wir uns dafür einsetzen, den Zugang zu Infrastrukturdaten einzuschränken und öffentliche Informationen zu reduzieren.